2 07 + 228. pfl

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 229 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 3. Juni

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der Schiedsspruch in dem Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen sieht eine Verdoppelung der bisherigen Honorarsätze vor.

* Das Arbeitsministerium versucht noch eine neue Vermittlungsaktion im Bankgewerbe, um den drohenden Streik abzuwenden.

* Die Tschechen haben sich beim Völkerbund über das Vorgehen der Polen im Teschener Lande beschwert.

* Am Freitag um ½5 Uhr wird im Grand Trianon die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Ungarn stattfinden.

Korfanty droht

b. **Beuthen**, 2. Juni.

In der polnischen „Grenzzeitung" befaßt sich Korfanty, der polnische Plebiszitkommissar, mit den Ereignissen vom Freitag und Sonnabend in einer längeren Ausführung, in der er sagt, daß im Hotel Lomnitz tatsächlich Waffen und Munition gefunden seien, daß diese Waffen aber rechtmäßig im Besitz seiner Leute waren, da er die preußischen verbrecherischen Anschläge bereits vorausgesehen habe. Er bestreitet, daß aus dem Lomnitzhotel Handgranaten geworfen wurden, und behauptet, das sei von deutscher Seite aus geschehen. Daß nicht eine Reihe von Gebäuden, die hetzerische „Ostdeutsche Morgenpost" an der Spitze, in die Luft geflogen sind, hätte die deutsche Bevölkerung einer Intervention zu verdanken.

Er sagt dann weiter: Ob ich auf die Dauer imstande sein werde, die Zügel fest in der Hand zu behalten angesichts der verbrecherischen deutschen Propaganda bezweifle ich. Zum Schluß seiner Ausführung sagt er, daß, wenn diese provokatorische Arbeit fortgesetzt wird, eines Tages zu befürchten ist, daß die Straßen von Beuthen mit Maschinengewehren gesäubert werden und Kanonen die Stadt in einen Schutthaufen verwandeln. Korfanty will bestimmt wissen, daß von deutscher Seite aus in nächster Zeit in Oberschlesien wiederum derartige Anschläge geplant seien. Er fordert die eingeborene oberschlesische Bevölkerung zum flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben aller fremden Agenten auf und teilt mit, daß er bereits vor längerer Zeit bei der Interalliierten Kommission angeregt habe, daß aus Oberschlesien alle im Verlauf des letzten Jahres zugewanderten Fremden, gleichviel ob Deutsche oder Polen, ausgewiesen werden.

b. **Beuthen**, 2. Juni.

Einem polnischen Verschwörernest ist man in Godullahütte auf die Spur gekommen. Seit einiger Zeit treiben hier bei verschiedenen Polen nächtliche Versammlungen statt, die den Zweck hatten, die polnisch gesinnten Elemente der hiesigen Bevölkerung zu bewaffnen, um sodann die Deutschen zu überfallen und die öffentlichen Aemter in Besitz zu nehmen. Mehrere, bereits durch den Augustaufstand u. s. w. schwer belastete Polen hatten auch hier wieder ihre Hand im Spiel. Der Haupträdelsführer war ein Zinkhüttenarbeiter in Godullahütte, in dessen Wohnung man bei der Haussuchung ein Gewehr und einen Karabiner und 150 Infanteriepatronen vorfand. Er selbst ist geflüchtet, ebenso einer seiner Helfershelfer, der ehemalige Fremdenlegionär Roman Waschinski.

Protest Frankreichs in London

b. **Kopenhagen**, 2. Juni.

Gegen die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Krassin hat Frankreich gestern protestiert. Der französische Botschafter Cambon erschien im Ministerium des Aeußern und machte offiziell auf die große Gefahr der geplanten Annäherung Englands an Rußland aufmerksam. Er gab gleichzeitig die Erklärung ab, daß die englische Politik in diesem Gebiete von Frankreich nicht gutgeheißen werde, ja, daß sie dort als sehr peinlich empfunden werde.

*

b. **Paris**, 2. Juni.

Der französische Oberkommissar Tirard hat dieser Tage in Koblenz den Redakteur Maxime Bazé empfangen und über seine Absichten im Rheinland folgendes erklärt: Die Beziehungen zur Bevölkerung seien gut. Es bestehe sogar ein gewisses „vertrauliches Verhältnis" zwischen den Rheinländern und den örtlichen Abordnungen der interalliierten Rheinlandkommission. Er glaube, daß man von Deutschland ernstliche Zugeständnisse erlangen werde. Das Prestige der Armee und ihre Beziehungen zur Bevölkerung seien das beste Mittel, zu zeigen, wer Frankreich sei. Man betreibe keine erkünstelte Werbetätigkeit. Man suche nur „loyale Kenntnisse" über Frankreich zu verbreiten über den französischen Geist, über die französische Kunst außerhalb jedes politischen Programms. Diese Gedanken würden sich normal entwickeln durch den französischen Unterricht in vielen Städten, durch Theatervorstellungen und durch Vorführung französischer Musik. Außerdem habe er jetzt in Mainz eine Rechtsschule unter Mitarbeit der Universität von Straßburg gegründet. Andere technische Einrichtungen, namentlich für Handel und Ackerbau, seien im Entstehen begriffen.

b. **München**, 2. Juni.

Die „Süddeutsche Korrespondenz" will aus zuverlässiger parlamentarischer Berliner Quelle wissen, daß die deutsche Regierung durch den Geschäftsträger in Paris die alliierten Kabinette um Bekanntgabe der Tagesordnung der Konferenz in Spa ersucht habe, soweit die deutschen Delegierten daran teilnehmen sollen.

w. **Basel**, 2. Juni.

„Journal des Debats" meldet: 25 Senatoren unternahmen einen Schritt bei Millerand, der bezwecken soll, Poincaré den Vorsitz der Wiedergutmachungskommission zu übertragen.

h. **Basel**, 2. Juni.

Die Agentur „Havas" berichtet im Anschluß an den Kammerbeschluß, daß das Kabinett Millerand sich dahin entschieden hat, unter allen Umständen an der Schadenersatzforderung von 200 Milliarden Franks auf der Konferenz von Spa festzuhalten.

Der „Temps" berichtet: Bis zum 1. Mai seien in Frankreich 26½ Millionen Franks für die Wiederherstellung zu Lasten Deutschlands verausgabt worden.

Fünfzig deutsche Offiziere angeklagt

b. **Paris**, 2. Juni.

Wie „Havas" aus Lille gemeldet wird, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlungen, Diebstahls, Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeschuldigten würden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich befinden General Sixt von Armin und Oberst Blumenreuter.

Das wild gewordene „Berliner Tageblatt"

Das „Berliner Tageblatt" wittert Pogromstimmung. Es läßt sich folgendes berichten:

„Ueber die Ansammlung allerhand süddeutscher, namentlich bayerischer Truppen in der Nähe Berlins und die Pläne gewisser Kreise erfahren wir von unterrichteter Seite folgendes: Seit vorgestern konzentrieren sich Truppen, die sich aus Resten des Korps Lichtschlag und anderer Freikorps zusammensetzen, in der Gegend von Erkner und Fangschleuse. In Fürstenwalde sollen trotz des Protestes des Bürgermeisters die Krankenhäuser geräumt werden. Ebenso sammeln sich angeblich in Potsdam bayerische Truppen. Dort soll Prinz August Wilhelm von Hohenzollern eine besondere Rolle spielen. Am Sonntag sind nach den Mitteilungen unseres Gewährsmannes Aktionen beabsichtigt, in deren Verlauf alle „Pazifisten" und bekannteren „linksgerichteten Persönlichkeiten" verhaftet werden sollen. Die Arbeiterschaft will man durch reichliche Zuteilung von Lebensmitteln in Ruhe halten. Es sollen auch Pogromtage bestehen.

Wir geben die obigen Angaben mit allem Vorbehalt wieder, glauben aber, daß es trotz des deutlichen Abrückens aller Parteien von wilden Putschen, immer noch Gruppen gibt, die durch derartige Manöver unübersehbares Unheil über Deutschland heraufbeschwören wollen."

Natürlich ist diese Meldung nichts anderes als ein plumpes Wahlmanöver, das aber so gefährlich erscheint, daß die dem „Berliner Tageblatt" verwandte Regierung noch am gleichen Tage dagegen einschreitet. Das W. T. B. erteilt dem „Berliner Tageblatt" folgende Abfuhr:

Ein Berliner Blatt bringt heute abend eine Zusammenstellung von angeblichen Ansammlungen reaktionärer Putschtruppen. Die Nachricht ist, wie aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, durchaus unzutreffend. Weder in Erkner noch in Fangschleuse finden Truppenkonzentrationen statt. Von den in Potsdam gemeldeten bayerischen Truppen ist dort nichts bekannt. Die in dem gleichen Zusammenhange gebrachte Meldung der Räumung von Krankenhäusern in Fürstenwalde beruht vermutlich auf der Tatsache, daß wegen der Bildung der ersten Kavalleriedivision eine neu nach dort verlegte Schwadron in einem Gebäude untergebracht werden soll, welches früher als Reservelazarett gedient hat.

Gründlicher kann eine Abfuhr nicht erfolgen. Wir haben ihr nichts mehr zuzusetzen.

*

b. **München**, 2. Juni.

Auch in München schwirren Gerüchte von einem Putsch von Organisationen der früheren Zeitfreiwilligen. Wie eine Untersuchung erwies, entbehren diese Gerüchte vollkommen aller Grundlagen.

Das Handwerk und die Parteien

Jetzt vor den Wahlen drängt sich jede Partei vor, um den Handwerkern zu zeigen, ein wie warmes Herz sie für sie habe. Besonders geflissentlich tut das die Demokratie, die ja überhaupt etwas darin leistet, hinter jedem Stande und Beruf mit Versprechungen und Versicherungen herzulaufen, nach deren Einlösung man freilich hinterher nicht fragen darf. So las man in der demokratischen Presse in letzter Zeit verschiedene recht handwerkerfreundliche Artikel, mit denen Wortführer der Demokratischen Partei das Handwerk einzufangen suchten. Demgegenüber macht Schornsteinfegerobermeister M. Conradt-Breslau, Mitglied der Preußischen Landesversammlung, folgende Feststellungen:

Wie steht es in Wirklichkeit? Haben die Handwerker tatsächlich allen Grund, der Demokratie dankbar zu sein? Nein, denn nicht der Initiative der Demokratie, sondern der Deutschnationalen Volkspartei ist es zu verdanken, daß überhaupt manches erreicht worden ist. Ich möchte hinzufügen, es ist noch reichlich wenig, und wir müssen weiter dahin streben, Besserungen eintreten zu lassen. Richtig ist, daß die Demokratie dem Mittelstand stets angeraten hat, sich mehr auf Selbsthilfebestrebungen zu stellen, hat es aber stets abgelehnt, diese Selbsthilfemaßnahmen durch Staatshilfe zu fördern, wie es früher die Konservativen, jetzt die Deutschnationale Volkspartei zum Segen des Mittelstandes nicht immer mit dem gewünschten Erfolg, getan haben. Daß dieser ausblieb, ist der Gegenarbeit der Freisinnigen bezw. heutigen Demokraten zu verdanken. Der Mittelstand muß aber unter allen Umständen diese Staatshilfe fordern, wenn er seinen Kampf gegen das in jüdischen und nichtjüdischen Händen befindliche Großkapital, ganz besonders gegen das internationale Großkapital, zu einem guten Ende führen will. Von keiner Seite ist der genossenschaftliche Gedanke mehr gepflegt worden, als von rechtsstehenden Kreisen. Das beweist der unter Leitung des deutschnationalen Mittelstandsführers Hammer stehende Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, dem m. W. allein gegen 900 Handwerkergenossenschaften angehören. Eine der ersten Taten des demokratischen Ministers Fischbeck war es, diesem Verband die 30 000 Mark Staatsunterstützung zu streichen, die von der früheren Regierung stets gegeben worden ist zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens jeder Art. Fürwahr, ein glänzender Beweis für die Handwerkerfreundlichkeit der Demokratie und ihrer Vertreter!

Wenn nun weiter zum Beweise der Handwerkerfreundlichkeit angeführt ist, daß man bewährte Handwerker im Parlament habe, so sei demgegenüber darauf hingewiesen, daß in keiner Partei so viel Vertreter von Handel und Gewerbe anzutreffen sind, wie in der Deutschnationalen Volkspartei. Ich nenne Malermeister Hammer, Buchdruckereibesitzer Malkewitz und Graef, Schlossermeister Hache, Bäckermeister Bienert, Kaufmann und Glasermeister Metzlich, Handwerkskammersindici Budjuhn, Mentzel; Dr. Dolezych, Verleger Bruhn, Buchhändler Rippel, Kaufmann Fuchs u. a. m. Alle die angeführten Herren sind Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung bezw. der Preußischen Landesversammlung, ganz abgesehen von den vielen deutschnationalen Mittelstandsvertretern in den anderen Landesversammlungen. Dieser Hinweis dürfte genügen, um zu zeigen, wo die Interessen des Handwerks und Gewerbes am besten vertreten werden. Aber nicht die Personen allein kommen in Frage, sondern vor allen Dingen der Geist, welcher die einzelnen Parteien beherrscht, und wie die Wahrung der Rechte dieser Berufsstände zum Ausdruck gebracht wird. Daher ist es eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn man es von demokratischer Seite so hinzustellen versucht, als ob Artikel 164 der Reichsverfassung zwecks Sicherung des Mittelstandes auf die Initiative der Demokratie zurückzuführen wäre. Das Gegenteil ist richtig. Vor der Reichsverfassung wurde die württembergische Verfassung fertiggestellt und dabei von den Deutschnationalen die Sicherung des Mittelstandes in der Verfassung verlangt. Die Demokraten stimmten in der ersten Lesung gegen diesen Antrag und brachten ihn dadurch zu Fall. Der ungeheure Sturm, der sich in allen Teilen des Handels und Gewerbes gegen einen derartigen Verrat an den Interessen des Bürgertums erhob, brachte die Demokraten wieder zur Besinnung, so daß sie ihren Widerspruch fallen ließen und später nicht gegen den deutschnationalen Antrag stimmten. Also nicht eigene Ueberzeugung war es, welche die Demokratie so handeln ließ, sondern die berechtigte Empörung weiter Mittelstandskreise brachte sie dazu, ihr Einverständnis zu der geforderten Sicherung zu geben. Gerade wie in Württemberg, waren es die Deutschnationalen, die auch in der Deutschen Nationalversammlung und in der Preußischen Landesversammlung den Antrag auf Sicherung des erwerbstätigen Bürgertums einbrachten und im Reiche durchsetzten. In der Preußischen Landesversammlung steht bekanntlich die Entscheidung noch aus.

Gegen alle Sozialisierungsbestrebungen will sich die Demokratische Partei gestemmt haben! Wer war es denn, der im Auftrage seiner Partei erklärte, daß die Demokratie trotz schwerer Bedenken § 2 des Sozialisierungsgesetzes annähme? Es war der Führer der Demokraten, Herr Pachnicke, der diese unverständliche, dem gesamten Bürgertum ins Gesicht schlagende Erklärung in der Nationalversammlung abgab. Nach diesem § 2 können vor allen Dingen sozialisiert bzw. kommunalisiert werden das gesamte Nahrungsmittelgewerbe, Kaufleute, Bäcker, Fleischer usw., ebenso auch das gesamte Baugewerbe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006031-11/fragment/page=0001

Aehnlich steht es mit dem Betriebsrätegesetz. Die Deutschnationale Volkspartei hat beantragt, daß Gewerbetreibende bis zu 20 Arbeitnehmern überhaupt frei bleiben sollten von den Bestimmungen bei Einführung von Betriebsräten und Obmännern, und gerade dem Zusammengehen der Demokratie mit den übrigen Regierungsparteien ist es zu verdanken, daß die im Interesse des Handwerks und Gewerbes liegenden Anträge der Rechtsparteien abgelehnt wurden. So steht die Mittelstandsfreundlichkeit der Demokraten im Lichte der Wahrheit aus.

Auch bezüglich der Vertretung von Handwerk und Einzelhandel im Reichswirtschaftsrat waren es in der Nationalversammlung wie in der Landesversammlung die Deutschnationalen, welche diesen Gedanken förderten und mit allem Nachdruck dafür eingetreten sind und weiter eintreten werden.

Diese Ausführungen werden hoffentlich dazu beitragen, so manchen Handwerker und Gewerbetreibenden zu veranlassen, sich nochmals eingehend zu prüfen, ob sie der Demokratischen Partei ihre Unterstützung angedeihen lassen wollen. Dem einsichtigen Mittelständler, der es mit sich und der Zukunft seiner Familie gut meint, dürfte das eine klar gewoehen sein: Nur durch überzeugte, tatkräftige Mitarbeit in der Deutschnationalen Volkspartei ist die Gewähr geboten für die restlose Wahrnehmung der Interessen von Handwerk und Gewerbe.

Entschlossen und besonnen!

Der „D. T." wird geschrieben:

Der Bolschewismus, d. h. der Bürgerkrieg als Dauerzustand, der das Bürgertum vernichten soll, steht vor der Tür.

Die Regierung weiß, daß rote Armeen, bis an die Zähne gerüstet, zum Losschlagen bereit stehen; trotzdem entlässt sie Mörder und Verbrecher im Ruhrgebiet, trotzdem unternimmt sie nichts gegen ihre Freunde von links.

Die Regierung weiß auf Grund ihrer Untersuchungen, daß von rechts keine Gefahr droht; sie gibt es öffentlich zu. Trotzdem führte sie den Kampf gegen „Putsch von rechts", entwaffnet das Bürgertum; bewaffnet die rote Bestie zur Vernichtung des Bürgertums; trotzdem bedroht sie, aus Furcht vor rechts, mit entehrender Zuchthausstrafe Männer, deren Mut sie ihr Dasein verdankt.

Das Bürgertum raffe sich endlich auf, Deutschland vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu bewahren, die Regierung im Kampfe für Ruhe und Ordnung, Sicherheit und Freiheit, Bestand und Zukunft von Heimat und Volk zu unterstützen; die Regierung liebäugelt mit denen, die die Verfassung brechen und die Diktatur des Proletariats errichten wollen.

Trotz dieser eigenartigen Haltung der Regierung legt die heutige Lage allen um das Wohl der Heimat wirklich besorgten Männern zwei Pflichten auf:

Die erste ist, alles zu tun, was dazu dienen kann, den Bolschewismus entschieden aufs Haupt zu schlagen, alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf zielen, Heimat und Volk, Haus und Hof, Leib und Leben, Hab und Gut aller Volksgenossen vor den Zerstörern von Ruhe und Ordnung, Mord und Plünderungen zu schützen.

Die zweite ist, alles, aber auch wirklich alles zu vermeiden, was von der Linken als Vorwand ausgenutzt werden könnte, einen Rechtsputsch vorzutäuschen, und damit die Massen in den staatszerstörenden, bolschewistischen Linksputsch hineinzutreiben.

Amtliche Berichterstattung

b. Königsberg, 2. Juni.

Der unabhängige Journalist Walther Oehme, der nach eigener Angabe im Auftrage des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann, hier weilt, um sich über die politische Lage Ostpreußens zu unterrichten und der wegen angeblich wahrheitswidriger Veröffentlichung vertraulicher Mitteilungen des Reichskommissars Borowski und wegen dadurch begangenen Landesverrats verhaftet sein sollte, erschien persönlich auf der Redaktion der Allgemeinen und Ostpreußischen Zeitung, um zur Wahrung seiner journalistischen Ehre die Erklärung abzugeben, daß er die Aeußerungen Borowskis wahrheitsgetreu und mit dessen voller Zustimmung wiedergegeben habe, daß er sich nicht in Haft befinde, und daß Borowski sich wegen des Festnahmebefehls gegen einen Beauftragten des preußischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung zu zuständiger Stelle zu verantworten haben werde.

Hier scheint also wieder einmal ein Fall amtlicher Berichterstattung vorzuliegen, wo die rechte Hand nicht wußte, was die linke tat. Der Reichskommissar in Königsberg schreitet gegen einen Berichterstatter ein, den der Staatskommissar in Berlin ihm zugeschickt hat, und in Berlin wird amtlich mitgeteilt, der arme Wahrheitsfuchser sei am Pregel wegen Mißbrauchs des ihm geschenkten Vertrauens hinter Schloß und Riegel gebracht worden, während der gute Mann unterdessen ruhig in Königsberg spazieren geht. Sofort „veranlaßt" die preußische Staatsregierung die Freilassung des angeblich Verhafteten — und der Staat ist wieder einmal gerettet. Herr Borowski aber, der Königsberger Reichskommissar, der so tapfer ist im Verbieten unbequemer Zeitungen, scheint diesmal an den Unrechten geraten zu sein.

Herabsetzung der Preise

da. Berlin, 2. Juni.

Wie die „Vena" erfährt, ist dem Reichsrat ein Gesetzentwurf zugegangen, in dem eine Herabsetzung der Preise in Aussicht genommen ist. (Welcher Preise? Red.) Des weiteren ein Gesetzentwurf, der mit größter Schärfe gegen das Schiebertum vorgeht. Nähere Einzelheiten über die beiden Entwürfe waren bis zur Stunde nicht zu erfahren.

Der Schiedsspruch im Krankenkassenstreit

b. Berlin, 2. Juni.

In dem Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen, der durch den gestern abend erfolgten Abbruch der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eine neue Verschärfung erfahren hat, ist der angekündigte Schiedsspruch des Einigungsamtes nunmehr erfolgt. Eine Abschrift des Protokolls wird beiden Parteien, den großen deutschen Kassenverbänden und den zentralen Aerzteorganisationen, zugestellt und ihnen aufgegeben werden, sich bis zum 15. Juni über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

Der Schiedsspruch betrifft im wesentlichen die heiß umstrittene Honorarfrage. Er besagt, daß die Sätze der Berliner Tarifvereinbarung vom Dezember 1919 bei der Bezahlung nach Einzelleistungen für Beratungen in der Sprechstunde und für Besuche verdoppelt werden. Bei Bezahlung nach Pauschbeträgen sind diese so zu bemessen, daß nach Abzug der Sonderleistungen im Höchstbetrage von 25 Prozent auf jede Beratung und jeden Besuch ein Mindestbetrag wie bei Einzelbezahlung entfällt.

Im übrigen wurden in dem Verhandlungsprotokoll die zwischen beiden Parteien zustande gekommenen Vereinbarungen bezüglich des Arztsystems und die zur etwaigen Durchführung der freien Arztwahl angenommenen Ausführungsbestimmungen festgelegt. Für Streitfälle in nicht rein ärztlichen Angelegenheiten sind paritätisch zu besetzende Ausschüsse vorgesehen; gegen die Entscheidung eines Schiedsamtes ist Berufung an das Zentralschiedsamt möglich. Das Protokoll enthält ferner besondere Bestimmungen bezüglich der von den Kassen anzustellenden Vertrauensärzte, bezüglich der Beratungs- und Fürsorgestellen und ähnlicher Institute und bestimmt hier besondere Sicherungen zum Schutz berechtigter ärztlicher Interessen.

Vermittlung oder Streik im Bankgewerbe?

b. Berlin, 2. Juni.

Das Reichsarbeitsministerium hat sich zu einer neuen Vermittlungsaktion im Bankgewerbe entschlossen, um den drohenden Generalstreik abzuwenden. Das Ministerium steht auf dem Standpunkt, daß nach dem Schreiben des Reichsverbandes der Bankleitungen der Weg zu neuen Verhandlungen noch gegeben sei, und hat daher beide Parteien für Donnerstag zu einer neuen Besprechung im Reichsarbeitsministerium eingeladen. Die Arbeitgeber sowohl wie die Arbeitnehmer haben ihr Erscheinen zugesagt. Die Verhandlungen beginnen morgen vormittag ½10 Uhr im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Sitzler, der auch die vorigen Verhandlungen geführt hat. Wenn diese Verhandlungen ohne Resultat verlaufen, dann dürfte sofort der Streik proklamiert werden, wozu in der Zwischenzeit alle Vorbereitungen getroffen werden. Heute abend 7 Uhr findet im Lustgarten eine öffentliche Versammlung aller Angestellten der Berliner Großbanken statt, in der die Führer beider Arbeitnehmerorganisationen sprechen werden. Für morgen sind in sämtlichen Betrieben der Großbanken Urabstimmungen über den Eintritt in den Streik anberaumt worden. Die Angestellten der Berliner Hypothekenbanken halten heute nachmittag eine Versammlung ab, um über den Stand ihrer Tarifverhandlungen den Bericht entgegenzunehmen.

Aus dem bayerischen Landtag

Der Anschluß Koburgs.

W. München, 2. Juni.

In der heutigen öffentlichen Landtagssitzung wurde ein Antrag Held (B. Vpt.), Roßhaupter (Soz.), Kalbskopf (Dem.) angenommen, wonach die Staatsregierung ermächtigt wird, vorläufig die Ueberleitung in die neue Beamtenbesoldungsordnung nach Maßgabe der dem Besoldungsausschuß vorgelegten Anlagen 4 und 5 vorzunehmen, insoweit es sich um die Umwandlung neuer Stellen handelt. Schließlich gelangte das ganze Besoldungsgesetz zur Erledigung.

Entsprechend dem Regierungsentwurf nahm das Haus zu dem Gesetz über die Vereinigung Koburgs mit Bayern einen Zusatz an, daß dem Freistaat Koburg das Recht eingeräumt wird, anstelle der abgeordnenden Mitglieder drei Abgeordnete durch unmittelbare Wahl in den bayerischen Landtag zu entsenden. Zu der Interpellation Sänger wird treffend die Ausweisung Fremder aus Bayern erklärte Ministerpräsident von Kahr, daß im Interesse der Sicherheit solche Maßnahmen nicht entbehrt werden könnten. Die Zustände in Bayern könnten nicht ohne Einfluß auf die auswärtigen Staaten bleiben. Jeder einzelne Ausweisungsfall sei von den Behörden zu prüfen. Von 20 000 Osteuropäern seien nur 65 ausgewiesen worden. In der Judenfrage sei es selbstständlich, daß die Israeliten dasselbe Recht finden müßten wie jeder andere. Von einer Erdrosselung des Fremdenverkehrs könne nicht gesprochen werden. Die Regierung sei seit einiger Zeit damit befaßt, die zurzeit möglichen Erleichterungen in der Fremdenpolizei vorzunehmen. Präsident Königbauer bemerkte darauf, daß die heutige Schlußsitzung voraussichtlich die letzte sei. Es handele sich aber lediglich um eine Vertagung. Man gehe in dem Bewußtsein auseinander, daß man mit ernstem Willen zum Wohle des Volkes gearbeitet habe. Die deutsche Einheit wolle man bewahren und fördern.

Der Dolchstoß von hinten!

Am 31. Mai 1920 wurde von dem Landgericht Berlin Mitte, Abteilung 150, die Schriftleitung des „Vorwärts" verurteilt, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes die Behauptung des Oberleutnants Grafen v. d. Goltz zu bestätigen, daß der „Vorwärts" in seiner Nummer vom 20. Oktober 1918, also drei Wochen vor dem Waffenstillstand, wörtlich folgendes geschrieben hat:

Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie zum letzten Male siegreich heimgebracht zu haben.

Das schrieb das führende sozialdemokratische Blatt, während deutsche Arbeiter wie Bürger draußen der feindlichen Uebermacht gegenüber Deutschlands Grenze schützten!

Die Spaltungsabsichten im Zentrum

In einer rheinischen Bauernversammlung der Christlichen Volkspartei sprach der bekannte Führer der Bayerischen Volkspartei Dr. Heim über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes, der, wenn Deutschland gesunden soll, eine Koalition der Mitte bringen müsse. Der Redner erklärte, die vom Sozialismus geplante Sozialisierung würde nach dem Ausspruch von Führern aller Parteischattierungen selbst vor dem kleinsten Bauerngut nicht haltmachen. Sie werde aber an dem Widerstande der deutschen Landwirtschaft zuschanden werden, wie sich dies schon in Ungarn, Oesterreich, Bayern gezeigt habe. Die Spaltung des Zentrums sei eine Notwendigkeit infolge der überhandnehmenden Linksorientierung einflußreicher Gruppen des alten Zentrums. Der Redner erklärte, daß die ersten Trennungsabsichten von christlicher Arbeiterseite vor vier Monaten in einer Zusammenkunft von christlichen Gewerkschaftlern in Mainz geplant gewesen seien, wo man die Absicht äußerte, mit den protestantischen Gewerkschaften zusammen eine neue christlich-nationale Arbeiterpartei zu gründen. Diese Gründung sei aber durch die plötzliche Ausschreibung der neuen Reichstagswahlen nicht mehr zur Verwirklichung gelangt.

Dr. Heim sprach in Landshut über die Gefahren der Reaktion. Die größere Gefahr erblickt Dr. Heim in dem Revolutionismus des Neukapitalismus, des Schieber- und Schmarotzertums und der Kriegsgesellschaften. Für diese Art von Kapitalismus ist jedes Mittel und jede Regierung recht, wenn diese Gesellschaft dabei nur auf ihre Rechnung kommt. Der wilde Kapitalismus feiert seit der Revolution die größten Orgien in Nascherei und Schlemmerei, daher die Wut und die Ungeduld der Masse, daher auch die große Gefahr von links.

Als nächstes politisches Ziel verlangt Dr. Heim das Zweikammersystem. Das allernächste Wirtschaftsziel ist die Zurückdrängung des wilden Revolutionskapitalismus, und als nächstes kulturelles Ziel die Erhaltung und Stärkung der Familie als Fundament der Gesetzgebung.

Kommandeure beim Reichswehrminister

Nach dem „Lok.-Anz." wird am 3. Juni eine Besprechung im Reichswehrministerium stattfinden, zu der sämtliche Wehrkreiskommandeure befohlen sind. Der Zweck der Konferenz dürfte in der durch die Nähe der Wahlen verursachten Spannung der innerpolitischen Lage zu suchen sein. Amtlich wird gemeldet: Reichswehrminister Dr. Geßler ist von seiner schlesischen Reise, bei der er sich in Breslau, Schweidnitz, Liegnitz und Jauer Truppen angesehen hat, nach Berlin zurückgekehrt. Auf Grund seiner Feststellungen hat er dem Herrn Reichspräsidenten gemeldet, daß er von der Haltung auch der schlesischen Garnisonen den besten Eindruck gewonnen habe.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

13] Von Max Treu-Halle.

So weit sei es denn doch noch nicht, meinte darauf Wiedemann.

Da hat der andere höhnisch gelacht:

„Haha! Ich aber weiß es, und Ihr werdet sehen, daß der Wrobski recht hat!"

Damit ist er davongegangen.

Im Hause des Pfarrers herrscht Trauer, und zu der Sorge um das Allgemeinwohl ist bei ihm nun noch der Kummer über eigene Schmerzen und eigenes Leid getreten.

Gestern nachmittag waren meine Frau und ich bei der Pfarrerfamilie zum Kaffee, als ein Brief gebracht wurde, der mit der Post gekommen war.

Niemand kannte die Handschrift, und der Brief trug keinen Poststempel; die Marken waren mit Tinte kreuz und quer durchstrichen.

Der Pfarrer wog ihn in der Hand, als scheue er sich, ihn zu öffnen. Aber endlich schnitt er das Kuvert auf und las uns folgendes vor:

„Josefstadt, 1. Juli 1866.

Eurer Hochwürden

teile ich mit, daß in dem hiesigen, meiner ärztlichen Leitung unterstellten Militärlazarett gestern abend der Artillerieleutnant Vokol vom 10. Artillerie-Regiment schwer verwundet eingeliefert worden ist. Er hat mich gebeten, Ihnen das Folgende zu schreiben, das mir zu sagen er gerade noch Kräfte genug hatte. Am 29. Juni hat bei Zicin eine Schlacht zwischen dem 1. österreichischen Armeekorps und Teilen der preußischen Armee des Prinzen Friedrich Karl stattgefunden. Hier wurde Leutnant Vokol schwer durch einen Gewehrschuß in die Brust verwundet, und nur der aufopfernden Treue seiner Mannschaften, die ihn mit sich fortrugen, hat er es zu danken gehabt, daß er nicht als Gefangener in die Hände der Feinde geriet, zu deren Gunsten der Tag entschieden war. Man hat ihn hierher nach Josefstadt gebracht; jedoch kann er auch hier nicht bleiben, weil wir täglich das Anrücken der Preußen und eine Belagerung zu fürchten haben und unsere kleinen Lazaretträumlichkeiten nur eben für die Festungsgarnison ausreichend sind. Deshalb müssen wir alle Verwundeten, die zu uns gekommen sind, weiter zurückschaffen lassen — wie weit und wohin, darüber hat das Armeekorps das Nähere zu bestimmen.

Das habe ich Leutnant Vokol mitgeteilt und ihn gefragt, ob er etwa Angehörige besitze, zu denen transportiert zu werden er wünsche. Soweit das möglich sei, ohne daß die preußischen Linien passiert werden müßten, sollen solche Wünsche nach Kräften erfüllt werden. Auf meine Frage jedoch hat er wieder den Kopf geschüttelt und mir zugeflüstert, er habe keine Angehörigen mehr, denn seine Mutter, die einzige, sei vor einigen Tagen an einem Schlaganfall sanft entschlafen, wie ihm amtliche Nachricht zugegangen sei. Man möge ihn deshalb hinbringen, wohin man wolle, es sei ihm alles gleich, undnur den einzigen Wunsch hätte er noch, Euer Hochwürden und Ihrer Familie, ganz besonders Ihrer Fräulein Tochter Hedwig, einen Gruß bestellen zu lassen; auch möchten Sie alle diejenigen in Beidenburg grüßen, die ihm während seiner Anwesenheit dort Wohlwollen und freundliche Gesinnung entgegengebracht hätten. Sie alle, und ganz besonders Ihr Fräulein Tochter, bitte er von Herzen, ihm ein stilles Angedenken zu bewahren, wenn der Tod der Erfüller seines Soldatengeschickes werden sollte.

So sagte er mir. Und dann schloß er in tiefer Ohnmacht die Augen, um sie bis jetzt nicht wieder zu öffnen. Ich entledige mich hiermit gern des mir gegebenen Auftrages und bedauere nur, meiner Pflicht als Arzt entsprechend hinzusetzen zu müssen, daß ich den Zustand des Herrn Leutnants Vokol für einen sehr bedenklichen halte, und daß Sie, wenn Sie ihm etwa noch irgend eine Mitteilung zukommen lassen oder ihn vielleicht persönlich sehen wollten, worüber er sich gewiß ganz außerordentlich freuen würde, sich sehr beeilen müßten, da eine Katastrophe täglich eintreten kann. Dr. Rudinger, Militärarzt.

Nachschrift: Soeben geht mir der Befehl zu, sämtliche hier liegenden Kranken und Verwundeten nach Wien schaffen zu lassen. Sie werden also bei den dortigen Militärbehörden weiteres über Herrn Leutnant Vokol erfahren können." —

So las Pfarrer Mathias.

Zuerst hatte er mit seiner gewohnten lauten und kräftigen Stimme gelesen; dann war es immer leiser und leiser geworden, und zuletzt waren die einzelnen Worte nur noch stoßweise über die Lippen gekommen.

Und jetzt saß er ganz still und sah hinüber zu seiner Tochter. Die aber rührte sich nicht. Weiß, wie frischgefallener Schnee, war ihr Antlitz geworden, und kein Blutstropfen schien mehr durch die Adern zu rollen. Der Pfarrer stand auf, und während wir anderen alle erschüttert schwiegen, trat er neben seine Hedwig und legte ihr die Hand auf's Haupt.

„Es ist schlimm, mein Liebling!" sagte er leise.

Da zuckte sie zusammen, als sei ihr abwesender Geist erst jetzt wieder durch den Klang der vertrauten Stimme ins Leben zurückgerufen, und unter schmerzlichem Stöhnen entrangen sich der Aermsten die Worte:

„Nun ist alles aus, Vater! Er ist tot!"

Und das sagte er so feierlichen Tones, so ruhig und gewiß, daß über uns alle ein Hauch seiner gewaltigen Zuversicht kam und die Hoffnung einen leichten Strahl in unseren Herzen anzündete.

„Er ist nicht tot!" wiederholte er mit stärkerer Stimme. „Aber er wartet auf uns!"

Da hob Hedwig das Haupt, und nun sahen wir, daß Tränen ihre Augen füllten; aber sie hielt tapfer an sich.

„Weißt du das gewiß, Vater?" fragte sie.

„Ja! Und jetzt in dieser Stunde weiß ich, daß du, mein Kind, ihn mehr liebst als alles in der Welt, und ich weiß auch, was geschrieben steht: das Weib soll Vater und Mutter verlassen und dem Manne anhangen! Du und die Mutter, ihr sollt zu ihm reisen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006031-11/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 3. Juni.

Ruge im Walhalla-Theater

Der heutige Vortrag **Ruge** ist ein Ereignis für Halle. Ruge steht als geistiger Führer an der Spitze der deutschvölkischen Bewegung. Er kommt gerade von einer großen Vortragsreise aus dem Westen. Daher: Empfangt einen unserer tapferen Streiter so, wie er es verdient: mit einem übervollen Saal. Zu Herzen wird er Euch schon sprechen. Denn er ist ein Apostel Deutscher. — Der Vortrag findet heute abend 8 Uhr im „Walhallatheater" statt.

Verteuerung der Lebensversicherung?

Die bevorstehende Erhöhung der Lebensversicherungsprämien ist bisher Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung und den deutschen Lebensversicherungsgesellschaften gewesen. Ein positives Ergebnis haben diese Verhandlungen noch nicht gezeitigt, jedoch wird in beteiligten Kreisen damit gerechnet, daß in absehbarer Zeit neue amtliche Grundlagen geschaffen werden, die eine Heraufsetzung der Prämie im Einverständnis mit der Aufsichtsbehörde ermöglichen. Die Angelegenheit wird, wie wir auf Anfragen im Reichsaufsichtsamt erfahren, auch das Plenum des Reichstags zu beschäftigen haben. Die Versicherungsgesellschaften begründen ihr Verlangen nach Erhöhung der Prämien mit den immer mehr steigenden Geschäftsunkosten, besonders mit den Steigerungen der Angestelltengehälter.

— **Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918** werden auf Grund der Verordnung vom 4. August 1919 (R. G. Bl. S. 1361) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September d. J. verloren; sie können nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Im Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. Oktober 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 30. November 1918 handelt.

— **Physiologische Eignungsprüfungen. Vor einigen Tagen** kam in dem Bericht über die Stadtverordnetenversammlung, daß die Stadt Halle dem Institut für Praktische Psychologie in der Provinzialheilanstalt einen jährlichen Zuschuß von 5000 M. gewährt habe — für Berufsberatung, hieß es. Man könnte genauer sagen, für psychologische Eignungsprüfungen. Diese Prüfungen finden in Deutschland seit wenigen Jahren bereits Verwendung für einige einfache und mittlere Berufe. Während des Krieges wurden zu den militärischen Kraftfahrschulen nur die Bewerber zugelassen, die nach der psychologischen Eignungsprüfung für wirklich geeignet befunden wurden. In Dresden werden seit 1916 Lokomotivführer, Stationsvorsteher und Betriebsbeamte der Eisenbahn vorher auf ihre besondere Eignung zu dem in Aussicht genommenen Beruf geprüft. Die S. B. Berlin wählt sich durch psychophysische Untersuchungen unter den großen Lehrlingsangebot nur die für Technik und Feinmechanik hervorragend Geeigneten aus. Andere junge Leute hat man durch ähnliche Methoden als für technische Berufe besonders geeignet ausfindig zu machen gesucht. Das sind die Anfänge einer Spezialwissenschaft der „industriellen Psychotechnik", für die an der technischen Hochschule zu Charlottenburg in jüngster Zeit ein Institut gegründet worden ist. Die Praktische Psychologie untersucht die rein geistlichen und geistlich-körperlichen Eigenschaften genau und zuverlässig. Sie stellt die verschiedenartige Beschaffenheit der Sinneswahrnehmungen bei den einzelnen Menschen überraschend sicher fest. Sie prüft Aufmerksamkeit und Gedächtnis, welche beiden Fähigkeiten im Geistesleben eine große Rolle spielen, nicht nur auf die Güte schlechthin, sondern auch im besonderen, z. B. in bezug auf Zahlen, Namen, Farben, Orte usw. Sie weiß durch Anwendung äußerst sinnreicher Einrichtungen und Apparate in kurzer Zeit, ob sie mit Gewissenhaftigkeit, exakten, peinlich genauen oder mit einer oberflächlichen, flüchtigen, ob sie es mit einer schreckhaften, ängstlichen, befangenen, leicht kopflos werdenden oder mit einer kaltblütigen, schwierigen Situation stets gewachsenen, mit einer empfindlichen, reizbaren, ungeduldigen oder mit einer ausdauernden, langmütigen Natur zu tun hat. Sie stellt durch Experimente fest, ob sie schnell entschlußfähige, tatkräftige oder zögernde, Abwägende, träumerische, ob sie subjektive oder objektive Menschen vor sich hat usw. Kurzum, die Praktische Psychologie gibt uns ein Bild von der physischen und psychischen Beschaffenheit des Untersuchten. Diese Beschaffenheit in ausgeprägten Fällen bei der Berufswahl zu berücksichtigen und die jungen Leute auf den Beruf hinzuweisen, der von diesem Gesichtspunkt aus für sie geeignet ist, das ist eine von den wichtigen Aufgaben der Berufsberatungsstellen, eine solche im Städtischen Arbeitsamte besteht, und wo genommen unentgeltlich Auskunft erhält.

— **Rentenempfänger. Da durch den Wegfall der militärischen Kontrolle** auch die Rentenempfänger zu einer Anzeige des Wechsels ihres Wohnortes nicht mehr verpflichtet sind, tritt häufig der Fall ein, daß die Bearbeitung und sonstige Erledigung von Versorgungs- usw. Anträgen durch Wohnungswechsel verzögert wird. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß es im eigenen Interesse der Rentenempfänger liegt, wenn sie vor dem Wechsel zuständige Versorgungsstelle unter Angabe des zukünftigen Aufenthaltsortes von ihrem Umzug sofort benachrichtigen und wenn sie ferner die vorherige in Betracht kommende Versorgungsstelle von dem erfolgten Zuzug in Kenntnis setzen.

— **Eine Handwerkerversammlung** findet am Freitag, abends 8 Uhr im „Mars-la-Tour", Gr. Ulrichstraße, statt, in der Herr Wischniewski sprechen wird über „Das Ziel der Arbeitsgemeinschaftspolitik".

— **Hallischer Lehrer-Verein.** Die Versammlung gedachte der verstorbenen Kollegen Fr. Arnhold und R. Diethe und begrüßte den Herrn O. Lohse zur 50jährigen Amtstätigkeit in Halle. Zum Thema „Kreisschulinspektion und städtische Schulverwaltung" legte Kollege Ebert die Wünsche dar, die für und wider eine Trennung der beiden Aemter des Stadtschulrats und des Kreisschulinspektors sprechen. Auf Grund seiner Ausführungen und einer eingehenden Debatte gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Bis zu einer endgültigen Regelung des Schulwesens durch die gesetzgebenden Körperschaften und der Neugestaltung der städtischen Verwaltung hält der Hallische Lehrer-Verein die Vereinigung der Aemter des Stadtschulrats und des Kreisschulinspektors für erforderlich. Er hält jedoch die Anstellung sachmännischer Hilfskräfte aus den Kreisen der Lehrerschaft in der städtischen Schulverwaltung für notwendig."

— **Das Schulmuseum ist jetzt regelmäßig Mittwoch und Sonntag nachmittag von 4—6 (mit Ausnahme der Schulferien) geöffnet. Das Museum, das sich im Turnhallengebäude der** Volksschule, Neue Promenade 18, befindet, enthält neben **großen Lehrmittelsammlung eine sehr interessante Hei**matausstellung, deren Besuch jedermann zu empfehlen sein dürfte. In den oben angegebenen Stunden ist der Eintritt frei. Kinder dürfen das Museum nur in Begleitung Erwachsener besuchen. Die Verwaltung liegt in den Händen des Herrn Mittelschullehrers Leonhardt.

— **Topographische Erkundungen.** Nach Mitteilung der Topographischen Abteilung der Preußischen Landesaufnahme werden in diesem Jahre im Stadtkreis Halle topographische Erkundungen stattfinden. Die hiermit beauftragten Beamten sind mit offenen Ausweisen versehen. Alle Grundeigentümer und Kreiseingesessenen werden hierdurch aufgefordert, den betreffenden Beamten bei Ausführung dieser gemeinnützigen und wissenschaftlichen Arbeiten nach Kräften entgegenzukommen und ihnen mit gewohnter Bereitwilligkeit auf Anfordern Unterstützung und sonst nötige Hilfe bei Durchführung ihres Auftrages angedeihen zu lassen.

— **Zur Frage der Schließung der Kinos** erhalten wir folgende Zuschrift: **Im Anschluß an die gestrige Beratung der Stadtverordneten sind die Lichtspieltheaterbesitzer nach erneuten eingehenden Erwägungen zu dem Entschluß gekommen, die Schließung ihrer Betriebe um einen Monat hinauszuschieben. Bestimmend hierfür war die unleugbare Tatsache, daß die Stimmung der Stadtverordneten bei der gestrigen Beratung im Allgemeinen einer Nachprüfung der Steuersätze wesentlich geneigter war und die Ansicht, daß man im Interesse der Angestellten, um die allgemeine Arbeitslosigkeit nicht unnötig zu vergrößern, von der Schließung der Betriebe so lange absehen solle, als noch Hoffnung auf eine Besserung bestehe. Und diese Hoffnung sei begründeter als je. Entscheidend war weiter die behördliche Zusage der Entsendung eines Bücherrevisors zur Nachprüfung der behaupteten Unrentabilität bei den gegenwärtigen Steuersätzen. Berechtigte Entrüstung herrschte darüber, daß der Stadtverordnete Spletti ohne jeden Anhaltspunkt die Theaterbesitzer kurzerhand der wissentlichen Täuschung zieh, wiewohl gerade Herr Stadtrat Wurm die Objektivität der bei ihm zum Vortrag erschienenen Beteiligten lobend hervorgehoben hatte. Es darf gehofft werden, daß im Laufe dieses Monats eine allen Beteiligten befriedigende Lösung des Konflikts gefunden werde.**

— **Die Wohltätigkeits-Vereinigung „Zigarrenkistchen-Sammler"** hielt ihre Monatssitzung im „Ratskeller" ab. Bei der Besprechung wurde hervorgehoben, daß voraussichtlich nötige Kleidungsstücke wie Schuhwerk, Wäsche usw. noch teuer zu erstehen sind. Die Auslagen werden bestritten durch freiwillige Geldbeträge, sowie Verkauf von Zigarrenkörpchen, Zigarrenbändern, Flaschenkapseln, Silberstaniol und alten Metallteilen zur Unterstützung armer Waisenkinder. Genannte Körperschaft bittet Damen nebst Herren aller Kreise, erwähnte Gegenstände mit zu sparen und sobald als möglich abzuliefern. Geldspenden finden Annahme bei den Vorstandsmitgliedern Magistrats-Sekretär Henn, Goethestraße 2, Rentier Lehmann, Lessingstraße 38 und bei dem Leiter der Vereinigung Kaufmann Reinhold Ahmann, Gr. Ulrichstraße 49. Für bisherige Gaben herzlichen Dank!

— **Wem gehört der Draht?** Bei einem hiesigen Altwarenhändler ist ein größerer Posten neuer vierkantiger Messingdraht in Rollen (0,65×1,30 Millimeter stark) beschlagnahmt worden, den dieser im Februar d. J. angekauft haben will. Da der Verkäufer, der angegeben hat, in Wallwitz zu wohnen, nicht hat ermittelt werden können, ist anzunehmen, daß der Draht aus einem Diebstahl herrührt. Er liegt auf der Kriminalpolizei, Zimmer 37, zur Ansicht aus.

Familien-Nachrichten

Verlobung: Lisel Förderer und Hermann Bobka.

Todesfälle: Am 1. Juni Domkantor und Konzertmeister Hans Schmidt. — Am 1. Juni Marta Ende geb. Sedlak im 34. Lebensjahr.

Das „Verfahren gegen Kriegsverbrecher". Die Zeit naht heran, wo die Untersuchung der angeblichen Kriegsverbrechen das persönliche Erscheinen der Beschuldigten erforderlich machen kann. Es wird daher auf § 4 des Ergänzungsgesetzes zum Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 24. März 1920 aufmerksam gemacht. Nach diesem können Kosten und Auslagen des Verfahrens, soweit besondere Billigkeitsgründe vorliegen, ganz oder teilweise der Reichskasse auferlegt werden. Die möglichst weitgehende Anwendung dieser Bestimmung ist um so mehr geboten, als den Betroffenen das sonst allen Deutschen verfassungsmäßig zustehende Recht örtlicher Gerichtsbarkeit durch das Ausnahmegesetz vom 18. November 1919 genommen ist.

Eine Alarmnachricht. W. T. B. dementiert. Zu der Meldung, daß der frühere General von Lüttwitz sich im Kreise Rosenberg aufhalte, erklärt der Landrat dieses Kreises, daß es sich um einen ehemaligen Hauptmann von Lüttwitz handelt, der mit dem General nicht identisch sei.

Die Steuerlast im neuen Deutschland

Damit unsere Leser sich ein Bild von der Steuerlast im neuen Deutschland machen können, mit denen uns die Nationalversammlung, die hauptsächlich dem deutschen Reiche die Verfassung geben sollte, beglückt hat, veröffentlichen wir in der nächsten Zeit die hauptsächlichen Bestimmungen folgender Steuergesetze: 1. Einkommensteuergesetz, 2. Kapitalertragssteuergesetz, 3. Körperschaftssteuergesetz, 4. Gesetz über einmalige außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, 5. Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, 6. Reichsnotopfergesetz, 7. Erbschaftssteuergesetz. Des ebenfalls dem Parlament unterbreitete Besitzsteuergesetz ist nicht fertiggestellt worden, sondern wird, da seine Wirksamkeit erst nach drei Jahren eintreten soll, später fertiggestellt werden.

Das ist die Frucht dessen, was Herr Erzberger säete, der durchaus unseren Feinden auf der großen Finanzkonferenz beweisen wollte, was Deutschland finanziell leisten kann. Der blinde Haß gegen das Kapital, den die Sozialdemokraten haben, tat das übrige, um uns zu den Katastrophen zu bringen, die sich jetzt schon fühlbar machen, ehe die Besteuerung des Kapitals und die Verhinderung der Bildung neuen Kapitals in Kraft getreten ist.

1. Einkommensteuer.

Steuertarif.

(Das steuerbare Einkommen wird auf volle Hundert nach unten abgerundet.)

			das macht aus bei einem steuerpflichtigen Einkommen von M.	Steuerbetrag M.
Für die ersten angefangenen oder vollen des steuerpflichtigen Einkommens,	M.	b. H.		
	1 000	10	1 000	100
für die nächsten angefangenen oder vollen	1 000	11	2 000	220
	1 000	12	3 000	330
	1 000	13	4 000	460
	1 000	14	5 000	600
	1 000	15	6 000	750
	1 000	16	7 000	910
	1 000	17	8 000	1 080
	1 000	18	9 000	1 260
	1 000	19	10 000	1 450
	1 000	20	11 000	1 650
	1 000	21	12 000	1 860
	1 000	22	13 000	2 080
	1 000	23	14 000	2 310
	1 000	24	15 000	2 550
	2 000	25	17 000	3 050
	2 000	26	19 000	3 570
	2 000	27	21 000	4 110
	2 000	28	23 000	4 670
	2 000	29	25 000	5 250
	3 000	30	28 000	6 150
	3 000	31	31 000	7 080
	3 000	32	34 000	8 040
	3 000	33	37 000	9 030
	3 000	34	40 000	10 050
	5 000	35	45 000	11 800
	5 000	36	50 000	13 600
	5 000	37	55 000	15 450
	5 000	38	60 000	17 350
	5 000	39	65 000	19 300
	5 000	40	70 000	21 300
	5 000	41	75 000	23 350
	5 000	42	80 000	25 450
	5 000	43	85 000	27 600
	5 000	44	90 000	29 800
	10 000	45	100 000	34 300
	10 000	46	110 000	38 900
	10 000	47	120 000	43 600
	10 000	48	130 000	48 400
	10 000	49	140 000	53 300
	20 000	50	160 000	63 300
	20 000	51	180 000	73 500
	20 000	52	200 000	83 900
	30 000	53	230 000	99 500
	30 000	54	260 000	115 400
	40 000	55	300 000	137 400
	50 000	56	350 000	165 400
	50 000	57	400 000	198 900
	50 000	58	450 000	222 900
	50 000	59	500 000	252 400
für die weiteren Beträge		60		

Arbeitgeber haben bei der Lohn- und Gehaltszahlung 10 Prozent einzubehalten und dafür Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich die Steuerkarte zu beschaffen.

Für die Veranlagung.

Steuererklärungen sind für Bareinkommen über 3000 M. abzugeben. Die Veranlagung erfolgt nach dem Einkommen des dem Rechnungsjahre unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres oder bei gewerblichen Betrieben des Wirtschaftsjahres.

Das Einkommen der Ehegatten wird zusammengerechnet, ebenso das Einkommen der zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder hinzugerechnet, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen eines Kindes handelt.

Steuerpflichtig ist nur der den Betrag von 1600 M. übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens.

Der steuerfreie Einkommenteil erhöht sich für jede zur Haushaltung zählende Person um 500 M., und zwar auch für jede Person, deren Unterhalt der Steuerpflichtige zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltungspflicht bestreitet, bei letzteren jedoch nicht über den tatsächlich gezahlten Betrag hinaus. Ferner erhöht sich der steuerfreie Teil des Einkommens bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10 000 M. nicht übersteigt, um 200 M. für die zweite und jede weitere Person, sofern sie das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Bei Beamten, Geistlichen, Lehrern usw. bleibt die zur Bestreitung des Dienstaufwandes gewährte Entschädigung außer Ansatz. Bei in privaten Dienst- oder Auftragsverhältnissen stehenden Personen sind diese Entschädigungen insoweit außer Ansatz zu lassen, als ihr Betrag den erforderlichen Aufwand nicht übersteigt.

Besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinflussen, können berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 M. nicht übersteigt. Bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 10 000 M. kann die Steuer ganz erlassen, bei nicht mehr als 20 000 M. bis zur Hälfte, und bei nicht mehr als 30 000 M. um höchstens ein Viertel ihres Betrages ermäßigt werden. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau.

Zum Einkommen aus Grundbesitz gehört u. a. auch der Nutzungswert einer Wohnung im eigenen Hause.

Zum Einkommen aus Arbeit gehören: Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge und geldwerte Vorteile, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge, Einnahmen aus einmaliger oder dauernder Tätigkeit jeder Art.

Zu den steuerpflichtigen Einnahmen gehören u. a. Lotteriegewinne und ähnliche außerordentliche Einnahmen.

Als steuerbares Einkommen gelten nicht: einmalige Vermögensanfälle, Erbschaften, Aussteuern und Ausstattungen; Kapitalempfänge auf Grund von Lebens-, Unfall- und sonstigen Kapitalversicherungen; Kapitalabfindungen der Reichsversicherung, der Militärversorgung, der Beamtenpensionsgesetze usw., Bezüge aus einer Krankenversicherung aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Stiftung, die als Unterstützungen wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Unterstützung für Zwecke der Erziehung oder Ausbildung, der Wissenschaft oder Kunst bewilligt sind, Gewinne, die durch Veräußerung von Gegenständen erzielt worden sind, die nach § 8 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1918 zum nichtsteuerbaren Vermögen gehören, Gewinne, die durch Veräußerung von Grundstücken erzielt worden sind, es sei denn, daß die Grundstücke erst innerhalb der letzten zehn Jahre oder zum Zwecke der Wiederveräußerung erworben worden waren. Bei einem Erwerbe vor dem 1. August 1914 gilt die zehnjährige Frist für erfüllt.

Abzugsfähig sind u. a.: Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Beiträge für sich und nicht selbständig veranlagte Haushaltungsangehörige zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen; Beiträge zu Sterbekassen bis zum Jahresbetrage von insgesamt hundert Mark; Versicherungsprämien, die für sich und nicht selbständig veranlagte Haushaltungsangehörige auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, bis zu 600 Mark jährlich; Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen sowie zu den Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist; Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag 10 Prozent des Einkommens des Einkommensteuerpflichtigen nicht überschreitet.

Ueber die anderen Steuergruppen wird in einer der nächsten Ausgaben berichtet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006031-11/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Wie die heutige Regierung das Kleinhandwerk unterstützt

* p. Ein Geschäftsmann aus der Provinz schreibt uns:

In meinem Geschäftsbetrieb brauche ich Leim und Spiritus. Zur Beschaffung des Leims wandte ich mich Mitte Dezember des vergangenen Jahres an die Leimverteilungsstelle für die Papierverarbeitung in Berlin. Nach Einsendung einer Abnahmeverpflichtung zu jedem Preis erhielt ich einen Bezugsschein, aber keine Bezugsquellen-Angabe. Auf eine diesbezügliche Anfrage ging die Mitteilung ein, daß ich nach Einsendung des Portos die Bezugsquellen mitgeteilt erhalte, was auch geschah. Nun suchte ich einen Lieferanten aus, sandte an diesen den Bezugsschein und erhielt — die Aufforderung, das Geld für einen Teil der Ware, die auf einen Abschnitt des Bezugsscheins geliefert würde, im voraus einzusenden. Das Geld ging ab — nebenbei bemerkt 24 Mark für das Kilo. Die Ware ließ auf sich warten. Erneute Nachfrage nach dieser unter Hinweis auf die fürchterlichen Umstände und Verschleppungsmanipulationen, welche die jetzige Zwangsbewirtschaftung mit sich bringt, ging endlich ein Teil der Ware ein. Der Rest mußte wieder eingefordert, das Geld dafür wieder im voraus eingesandt werden und heute, am 1. Juni, warte ich noch auf den Restposten Leim. Das ganze Quantum beträgt 7—8 Pfund. Erwähnt sei noch die Kulanz des Lieferanten, der außer sämtlichen Portospesen für die Pappschachtel, in welcher sich der Leim befand, noch 2,50 Mark besonders berechnet. — Nun zum Spiritus. Bekanntlich werden Spiritusmarken nur an Wöchnerinnen und mit geringen Ausnahmen in einigen weiteren Fällen gewährt. Ich ersuchte die Ortsbehörde um Ueberlassung einiger Flaschen, welche ich zum Betriebe dringend gebrauche. Das Ansuchen wurde befürwortend an den Kommunalverband gesandt. Von landrätlicher Seite zurückgereicht mit Hinweis auf die verschiedenen Gesetzesparagraphen, erhielt ich die Mitteilung, mich an in Frage kommenden Lieferfirmen von Spiritus zu wenden. Unter Beifügung von 40 Pfg. zur Rückantwort sandte ich das befürwortete amtliche Schreiben an eine Spiritus-Raffinerie mit dem Ersuchen um Lieferung. Prompt erhielt ich folgende Antwort: „In Erwiderung Ihres Schreibens teilen wir Ihnen mit, daß lt. den neuen Bestimmungen der Monopolverwaltung Berlin vom 22. Mai Spiritus für Gewerbe, die schon seit längerer Zeit bestehen und bisher noch keinen Spiritus bezogen haben, nicht mehr verabfolgt werden darf." — Ich gab an, daß ich pro Woche etwa 1 Liter Brennspiritus benötige. — — Also, als Lohn und Anerkennung dafür, daß man sich während der Zeit der größten Knappheit bemühte, sich mit Beschränkungen durchzuhelfen und keine Anforderungen stellte, erhält man jetzt erst recht nichts. Dabei ist schwarzer Spiritus in Hülle und Fülle vorhanden für — die Schnapsfabrikation. Ob den Handwerker der Teufel holt oder nicht, ist unseren „Siebenmalgescheiten" in den Regierungsklubsesseln ganz egal. Diese Herren brauchen ja nicht erst zu sehen, wo die Mittel zum Leben und Steuerzahlen herkommen. Und „so Etwas" will wieder gewählt werden! Jeder nicht ganz mit Verblendung geschlagene Handwerker und Geschäftsmann muß jetzt bei Gelegenheit der Reichstagswahl am Sonntag dafür sorgen, daß eine solche Regierungsmehrheit aus den Wahlen hervorgeht, die auch dem Handwerkerstande noch Luft zum Atmen läßt! Entscheidet am 6. Juni!

Aktiengesellschaften

* b. **Grimme, Natalis u. Co., Komm.-Ges. auf Aktien, Braunschweig.** Der am 22. Juni stattfindenden Generalversammlung liegt ein Antrag auf Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft vor. Das Aktienkapital soll 1,5 Millionen Mark betragen.

* b. **Martin Dentler, Film-Aktiengesellschaft, Braunschweig.** Unter der Führung der Braunschweigischen Privatbank ist mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark die Firma Martin Dentler, Film-Aktiengesellschaft in Braunschweig, gegründet worden. Die neue Gesellschaft hat die Film-Zentrale Martin Dentler, Braunschweig, übernommen, die auch in Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M. und München Zweigniederlassungen besitzt. Das Unternehmen hat in Braunschweig das Lichtspielmonopol und ist auch auf dem Wege, durch den Erwerb von Lichtspielhäusern in Magdeburg festen Fuß zu fassen.

* K. **Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei, Aktien-Gesellschaft, Penig.** In der außerordentlichen Generalversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 auf 5 Mill. mit Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre einstimmig beschlossen. Mit der Durchführung wurde der Aufsichtsrat betraut. Um einerseits den Markt, welcher gurzeit nicht sehr aufnahmefähig ist, nicht schon wieder in Anspruch nehmen zu müssen, andererseits auch, um durch Konzentration eines größeren Aktienpostens in befreundeter Hand der Gefahr der Ueberfremdung vorzubeugen, beschloß der Aufsichtsrat, ein von einigen Großaktionären und Verwaltungsmitgliedern vorliegendes Gebot zu akzeptieren, und die auszugebenden 1 Mill. Mark Aktien mit halber Dividende für 1919/20 zum Kurse von 110 Prozent an die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt als Leiterin eines Konsortiums fest zu begeben. Ein Bezugsrecht seitens der Aktionäre kommt demnach nicht in Frage.

Industrie, Handel, Handwerk

* K. **Mitteldeutsche Zentralhäute-Auktion in Dresden.** (Eigene Drahtmeldung.) Die erzielten Preise stellen sich im Durchschnitt für Rindshäute ohne Kopf auf 6,15—8,25 M., für Rindshäute mit Kopf auf 5,60—7,65 M., Bullen ohne Kopf auf 5,70 bis 7,15, Bullen mit Kopf auf 5,30—6,75, Roßhäute bis 220 cm 107—117, über 220 cm 260—270 M.

* K. **Wollversteigerung in Gera.** (Eigene Drahtmeldung.) Die am Dienstag und Mittwoch in Gera abgehaltene Versteigerung von Wollabgängen des Sächs.-Thür. Industriebezirks war sehr stark besucht. Der Wettbewerb hingegen gestaltete sich lebhaft und zwar infolge der eingelaufenen Nachrichten, daß bei der Londoner Wollauktion die Preise um 25—30 Prozent gesunken sind. Es kam nur ein kleiner Teil der angebotenen Ware zu wesentlich niedrigerem Preise als im Februar zum Verkauf, während der größte Teil zurückgezogen wurde. Die nächste Wollversteigerung findet voraussichtlich im August statt.

Neuregelung des Güterverkehrs. Halbamtlich wird gemeldet: Im Reichsverkehrsministerium fand eine Besprechung statt, in der vorbereitende Maßnahmen für die Neuregelung der Leitung des gesamten deutschen Güterverkehrs nach dem Gesichtspunkte des betrieblich und wirtschaftlich vorteilhaftesten Weges getroffen wurden. Die Durchführung der umfangreichen Arbeiten soll in jeder Weise beschleunigt werden. Die aus dem früheren Wettbewerbe der Länder hervorgegangenen Leitungswege sollen baldmöglichst beseitigt werden, soweit sie betriebliche Erschwernisse und unwirtschaftliche Umwege zur Folge gehabt haben.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Durch den im Ausland eingetretenen Rückschlag in der Besserung des Markkurses hat auch in Berlin zu Beginn der Börse ein Umschwung in der Kursbewegung der ausländischen Devisen stattgefunden. Diese waren im freien Verkehr fest, scheinbar auch für die maßgebenden Plätze wesentlich höher. Dies beeinflußte auch den in den letzten Tagen ziemlich gereinigten Aktienmarkt günstig, zumal man sich der Hoffnung hingab, daß der drohende Bankbeamtenstreik doch noch vermieden werden wird. Der Kursstand hob sich bei zeitweise etwas lebhafterem Geschäft bei einigen Papieren überwiegend bis zu 10 Prozent. Doch stellten sich Bismarckhütte, Phönix, Rheinische Braunkohlen, Thale, Gebrüder Böhler, Neuguinea, Otavi, Schöntung und Deutsch-Uebersee über diese Sätze hinaus, teilweise noch beträchtlich höher. Angeregt war das Geschäft später besonders in Petroleumwerten, von denen Steaua Romana nahezu 200 Prozent und Deutsche Petroleum- und Erdöläktien in geringerem Ausmaße sich höher stellten. Schwere Kolonialwerte erfuhren bei geringen Umsätzen gleichfalls eine wesentlich höhere Bewertung. Bankaktien behaupteten ihren Kursstand. Am Rentenmarkt ist eine zweiprozentige Erhöhung der dreiprozentigen Reichsanleihe zu erwähnen. Sonst hat sich hier bis auf die gleichfalls höheren Merikaner und Türkischen Lose nichts verändert. Bei etwas lebhafterem Geschäft blieb die feste Grundstimmung auch weiterhin voll erhalten.

Produktenbericht. Gestern nachmittag und heute vormittag wurde Hafer bis zu 130 Mark gehandelt. Doch zeigte sich in den Mittagsstunden etwas mehr Nachfrage, da auch die direkten Verbraucher für den gegenwärtigen Preis Kaufluft bekundeten. Hülsenfrüchte blieben sehr schwer verkäuflich, und die Notierungen haben teilweise weiter herabgesetzt werden müssen. Während Heu seinen Preisstand behauptete, sind die Preise für Stroh niedriger geworden. Wetter schön.

Hafernotierungen:

Berlin, 2. Juni. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn — Mk. sofortige Abladung ab Abladestationen 2640—2720 Mk. Tendenz: schwankend.

Devisen-Notierungen:

	Berlin, 2. Juni. Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1508,50	1511,50
Brüssel-Antwerp.	324,65	325,35
Christiania	719,25	720,75
Kopenhagen	694,30	695,70
Stockholm	889,90	890,90
Helsingfors	199,80	200,20
Italien	239,75	240,25
London	163,85	164,15
New-York	42,95	43,05
Paris	327,20	327,80
Schweiz	759,25	760,75
Spanien	673,40	680,70
Wien (alles)	18,98	19,02
Österreich abgest.	27,72	27,78
Prag	90,90	91,10
Budapest	22,72	22,75

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			Deutsche Uebersee-El	704,	00
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX . .		75,30	Deutsche Erdöl	660,—	
5% Deutsche Reichsanl.		79,75	Deutsche Gasglühl.	5100	
4 „ „		74,50	Deutsche Kali	402,—	
3½ „ „		67,25	Deutsche Waff. u. Mun.	322,50	
3 „ „		67,30	Donnersmarkhütte	295,—	
4 Preuss. Konsols		73,75	Döring u. Lehrmann	130,—	
3½ „ „		61,75	Dürkoppwerke	392,—	
3 „ „		58,20	Elberfelder Farben	349,50	
4 Charl. Stadtanl. 89/99		95,25	Engelhard Brauerei	870,—	
4 Magdeb Stadtanl. 91/00		98,—	Felten u. Guilleaume	170,25	
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe		—,—	Gasmotoren Deutz	210,—	
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe		100,30	Gebhardt u. Co.	280,75	
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911		101,00	Gebhardt u. König	370,25	
4½ Dessauer Gas-Oblig.		97,25	Geisenkirch. Bergb.	388,50	
4 „ „			Glanziger Zuckerfbr.	3,5,—	
Ausländ. Werte			Hallesche Masch.-Fabr.	258,—	
4 Oesterr. Kron.-Rente		25,50	Hann. Masch.	512,—	
4 Ungar. Gold-Rente		63,60	Harpener Berg	260,—	
4 Unger. Kronen-Rente		29,70	Hasper Eisen	345,00	
Eisenbahn-Aktien:			Hirsch Kupfer	263,—	
Halberstadt-Blankenb.		79,75	Höchster Farbw.	159,—	
Halle-Hettstedter		68,—	Hoesch Eisen u. Stahl	163,—	
Schantungbahn		582,—	Hohenloho-Werke	320,00	
Allg. Lokal-Str.		590,—	Humboldt-Masch.	360,—	
Gr. Berl. Str.		134,50	Ilse-Bergbau	367,50	
Magdeburger Str.-B.		148,—	Kahla-Porzellan	170,—	
Lux. Prinz Heinrich-B.		42,—	Kaliw. Aschersleben	360,—	
Orientbahn		196,—	Körbisd. Zucker-Akt.	166,00	
Schiffahrts-Akt.:			Kyffhäuserhütte	295,—	
Hambg. Paketfahrt		167,25	Lahmeyer u. Co.	170,—	
Hambg.-Südamerika		229,50	Leuchthammer	360,—	
Hansa-Dampfschiff		292,—	Laurahütte	190,50	
Nordd. Lloyd		162,50	Lingel. Erfurt	—,—	
Banken:			Linke u. Hofmann	300,—	
Bank für Thür.		155,—	Ludwig Loewe u. Co.	252,—	
Berl. Handelsges.		183,—	Lothringer Hütte	229,—	
Comm u. Diskontobank		173,50	Mannesmannröhren	310,—	
Darmstädter Bank		154,60	Maschinenfabr. Buckau	245,—	
Dess. Landesbank		122,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	178,—	
Deutsche Bank		258,—	do. Caro Heg.	212,—	
Diskonto-Comm.		193,50	do. Kokswerke	460,00	
Dresdner Bank		166,—	Orenstein u. Koppel	239,—	
Credit-Anst. Leipzig		170,—	Phönix-Bergb.	373,—	
Mitteld. Kreditbank		154,00	Rhein. Metall-Vorz.	246,—	
Privat-Bank		169,50	Rheinische Braunk.	295,00	
Nationalbank		137,—	Riebeck. Montan	265,—	
Oesterr. Kredit		98,00	Rombacher Hütten	245,—	
Reichsbank		152,—	Rositzer Brannk.	360,—	
Industrie-Aktien:			Rositzer Zucker	186,—	
Schultheiss-Brauerei	245,50		Sangerhäuser Masch.	450,—	
Akt. f. Anilin	330,00		Hugo Schneider u. Co.	252,—	
Allgem. Elektr.-Ges.	260,—		Schuckert u. Co.	172,50	
Ammendorfer Papierf.	568,50		Siemens u. Halske	283,50	
Anhalter Kohlenw.	225,—		Stettiner Chamotte	280,—	
Annaberger Steingut	316,00		Stettiner Vulkan	201,00	
Badische Anilin	410,—		Stollberger Zinkh.	212,—	
Bergmann-Elekt.-Akt.	227,—		Strals. Spielkarten	323,—	
Berl. Masch.-Bau	217,—		„Terra", Samen-A.-G	—,—	
Bismarckhütte	378,—		Thale-Eisenhütte	358,—	
Bochumer Gußstahl	244,—		Triptis-Akt.-Ges.	20,9,—	
Chem. Fabrik Buckau	270,25		Türkische Tabakregie	834,—	
Chem. Griesheim	296,50		Ver. Köln-Rottweiler	287,00	
Chem. v. Heyden	288,00		Glanzstoff Elberf.	845,—	
Consolidation Schalke	510,—		Wegelin u. Hübner	163,—	
Cröllwitzer Papierfabr	208,00		Wersch.-Weissenf. Brk	615,—	
Daimler-Motoren	263,00		Westeregeln-Alkali	750,00	
Deutsch-Luxemburg			Wittener Gußstahl	124,—	
			Wrede-Mälzerei	405,—	
			Zeitzer Masch.	250,—	
			Zellstoff Waldhof	630,—	
			Otavi-Minen		
			Tendenz: fest.		

Provinz Sachsen

w. **Elsterwerda**, 2. Juni. (Deutschnationale Wahlversammlung.) Eine namentlich von Teilnehmern aus dem Arbeiterstande außerordentlich gutbesuchte Versammlung fand im hiesigen Gesellschaftshause statt. Nachdem der erste Wahlbewerber, Winterschuldirektor Emil Hemeter über „Stadt und Ausgleich zwischen Stadt und Land" unter Beifall gesprochen hatte, versuchten einige Führer der unabhängigen Sozialisten die Versammlung zu stören, indem sie dem zweiten Redner des Abends, Gärtnereibesitzer Horn, welcher über „Mittelstandsfragen" sprechen sollte, durch Lärmen genügend hinderten. Gewerkschaftssekretär Richter wies darauf hin, daß es die Pflicht jedes freiheitlich denkenden Arbeiters sei, auch Andersdenkende in Ruhe anzuhören, und es gelang seinem Einfluß, die Schreier zu beruhigen und zur Ordnung zu bringen. Allerdings versuchten die Führer der unabhängigen Sozialisten, als sie sahen, daß ihre Absicht, die Versammlung zu sprengen, mißglückt war, die Arbeiterschaft zum Verlassen des Saales zu bewegen. Wiederum stand es Herr Richter von den Christlichen Gewerkschaften, den Arbeiter daran zu erinnern, daß sie nicht willenlose Werkzeuge ihrer Führer seien, sondern aus freiem Entschlusse handeln und demgemäß unbeeinflußt entscheiden sollten, ob sie weiterhin an der Versammlung teilnehmen sollten oder nicht. Diese Bemühungen hatten einen erfolgreichen Einfluß, denn fast die gesamte Arbeiterschaft blieb nunmehr ruhig in der Versammlung anwesend, während die wenigen unabhängigen sozialistischen Führer verstimmt über ihren Mißerfolg das Lokal verließen. Es gelang der Leitung nunmehr, den Mittelstandsvertreter Horn nochmals das Wort zu verschaffen. Unter lautlosem Zuhören aller Anwesenden konnte der Redner sitzende der Ortsgruppe Liebenwerda, Herr Steuerrat auf die Ueberhebung des Judentums hinweisen, unter der unser gesamtes Volk und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft leiden hat. Soll Deutschland wiederum genesen, so müssen wir uns völlig vom jüdischen Geiste die Wege freimachen. Es gibt in dieser Beziehung keine Kompromisse. Die einzige Partei, welche die völkische Frage ernsthaft angreift, ist die Deutschnationale Volkspartei, ihr muß daher jeder wirklich Deutschgesinnte seine Stimme geben. Diese Ausführungen wurden von allen Seiten beifällig aufgenommen. Der Verlauf dieser Versammlung beweist, daß ein großer Teil der ordnungsliebenden Arbeiterschaft den Hetzern und ihren jüdischen Führern der radikalen Parteien keineswegs mehr unbedingt Folge leistet.

d. **Halberstadt**, 2. Juni. (Aus dem Stadtparlament.) Nicht weniger als acht Vorlagen befaßten sich in der gestrigen Stadtverordnetensitzung mit Erhöhung von Gebühren für städtische Einrichtungen. Und trotzdem kam mit Hilfe der sozialdemokratischen Mehrheit der Antrag zur Annahme, die Vergütung für entgangenen Arbeitsverdienst der Stadtverordneten von 2 auf 4,50 M. die Stunde zu erhöhen; die Bürgerlichen hatten 4 M. beantragt. Zur Deckung des 6 Millionen betragenden Defizits sind die Gaspreise von 1,04 auf 1,60, die Strompreise von 3 auf 3,75 M. und die Wasserpreise von 35 auf 60 Pfg. erhöht worden. Die Straßenbahnfahrpreise müssen von 30 auf 50 Pfg. heraufgesetzt werden, der Erfolg der bereits seit Pfingsten getroffenen Maßnahme ist, daß die Benutzung der Bahn um 40 Proz. zurückgegangen ist. Es soll erwogen werden, ob nach vierwöchiger Probe der Betrieb nicht gänzlich eingestellt werden soll. Bei Bewilligung verschiedener den Hausbesitz belastender Erhöhungen wurde angefragt, ob der Hausbesitz auf die Lasten bei der auf 18 Proz. der Friedenspreise festgesetzten Höchstmiete tragen solle. Der Magistrat antwortete, daß kein vernünftiger Mieter sich weigern werde, prozentual an den Lasten mitzutragen. Zur Unterstützung bedürftiger Hospitäliten wurden 30 000 M. bewilligt.

— **Dessau**, 2. Juni. (Fliegerunglück.) Heute mittag stürzte ein Flugzeug der „Junker-Flugzeugwerke" bei Bosigk ab. Leider fand dabei der Flugzeugführer den Tod.

R. **Gotha**, 2. Juni. (Ein russischer Plünderer.) Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein russischer Kriegsgefangener zu verantworten, welcher während der Unruhen im März aus Suhl, seinem Aufenthaltsorte, zusammen mit den dortigen Arbeitern nach Gotha gezogen war, um den hiesigen Arbeitern beizustehen. Wie er diese Tätigkeit aufgefaßt hat, beweist der Umstand, daß er nach der Erstürmung der Hauptwache sofort anfing, zu plündern und aus einem Werkzeugladen eine Axt und eine Uhr im Werte von 3000 Mark sowie Kleidungsstücke und eine Bluse stahl. Letztere schenkte er seiner Braut, welche er hier gefunden hatte; diese war deshalb wegen Hehlerei angeklagt und erhielt eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen, während ihr Freund aus dem Osten 8½ Monate Gefängnis erhielt. Damit hat einer der zahlreichen Fälle von Plünderungen in Hauptpostamte und an anderen Stellen seine Sühne gefunden.

Hauptschriftleiter: Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Bötticher; für politische Nachrichten, Handelswirtschaft und Sport: Hans Heilling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Los von der Judenwirtschaft!

Darüber spricht heute Donnerstag abend 8 Uhr in dem

Walhalla-Theater

einer der bekanntesten deutschvölkischen Führer:

Dr. Arnold Ruge-Heidelberg.

Kommt in Massen und hört **Ruge**, den tief und sittlich empfindenden Deutschen, über diese wohl ernsteste Frage der Gegenwart sprechen.

Eintritt frei, fester Platz 1.— Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006031-11/fragment/page=0004